HIV/Aids als Gegenstand der internationalen Tagesordnung

Rede der Bundesministerin für Gesundheit vor der 26. UN-Sondergeneralversammlung (25. Juni 2001)

ULLA SCHMIDT

Im Kampf gegen HIV/Aids wird die Welt nun eine qualitativ neue Partnerschaft beginnen, eine internationale politische Linie bestimmen. Dies ist nur dadurch möglich geworden, weil man allseits erkannt hat, daß HIV/Aids nicht nur ein Problem der öffentlichen Gesundheit ist, sondern eines, das Fragen der Entwicklung, der Wirtschaft, ja selbst der Sicherheitspolitik umfaßt. Heute steht das Thema HIV/Aids ganz oben auf der internationalen Tagesordnung, und deshalb wurde es notwendig, diese Sondertagung abzuhalten, die nach meinem Dafürhalten Ergebnis und Höhepunkt der bisherigen internationalen Diskussion über die angemessene Politik darstellt. Ich danke Kofi Annan für diese außerordentlich bedeutsame Initiative.

Deutschland begrüßt die Pläne zur Schaffung eines globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds. Die Einrichtung eines solchen Instruments zur Bereitstellung schneller, gezielter und effizienter Hilfe für notwendige und sinnvolle Maßnahmen in den am meisten betroffenen und bedrohten Ländern und Regionen kommt höchst konkreten Bedürfnissen entgegen. Ich hoffe sehr, daß die derzeit geführten Verhandlungen über die Einrichtung eines globalen Fonds bald zum Erfolg führen und die tatsächlich bestehenden Probleme auch in angemessener Weise angegangen werden. Ich kann hier festhalten, daß Deutschland den Fonds selbstverständlich unterstützen wird.

Bei aller Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung stehen auch die Regierungen der betroffenen und gefährdeten Länder selbst in der Verantwortung. Sie müssen sich zum Kampf gegen HIV/Aids bekennen und dabei in ihren Ländern die Führung übernehmen. Dazu gehört auch – so schwierig das manchmal sein mag –, Probleme offenzulegen und sie beim Namen zu nennen. Das Tabu zu brechen, das die Homosexualität umgibt, zählt zum Beispiel dazu, auch die Anerkennung der Rechte von Frauen und Mädchen als grundlegende Menschenrechte, welche auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung einschließen. In diesem Zusammenhang bekenne ich offen, daß ich schockiert darüber bin, daß HIV-infizierte Männer Geschlechtsverkehr mit sehr jungen, jungfräulichen Mädchen in dem Glauben haben, daß dies die Krankheit heilen könne. Derlei beim Namen zu nennen und anzuprangern ist eine Voraussetzung für die wirksame Kontrolle von HIV/Aids. Vorbeugung ist nur durch umfassende, freimütige Information, Erziehung sowie die Anwendung gezielter, auf Änderung von Verhaltensweisen gerichteter Strategien möglich. Und einstweilen bleibt Prävention die beste Strategie gegen HIV/Aids.

Beste Grundvoraussetzung für eine wirksame Prävention ist es, wenn wir die Solidarität mit den Betroffenen als einen humanitären Imperativ betrachten. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen meines Landes mit der Bekämpfung von HIV/Aids kann ich eines nur bestätigen: Selbst in Deutschland ist es in den frühen achtziger Jahren zu heftigen gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen über den richtigen Ansatz gekommen. Am Ende dieser Debatten haben wir aber zu einem allgemein akzeptierten nationalen Konzept der Aids-Bekämpfung gefunden, das unter Einbeziehung der nichtstaatlichen Organisationen auf dem Gedanken der Solidarität gründete – ein solches Konzept kann eine solide Grundlage bilden. Doch von Land zu Land variieren die spezifischen Probleme, und niemand kann oder will anderen vorschreiben, was sie zu tun haben. Gerne aber bieten wir an, an unseren Erfahrungen teilzuhaben.

Die Führung zu übernehmen bedeutet aber auch, alle betroffenen Stellen miteinander zu vernetzen: etwa die nichtstaatlichen Organisationen, die gesellschaftlichen Gruppen und erfahrene Partner wie das UNAIDS und seine Träger im Verband der Vereinten Nationen. Das UNAIDS hat die besten Praxisbeispiele aus einigen Teilen der Erde anderen Ländern zugänglich gemacht und damit Problembewußtsein geschaffen. Nicht zuletzt dem UNAIDS ist es zu verdanken, daß viele Staaten mittlerweile Pläne zur Aids-Bekämpfung entwickelt oder sie bereits umgesetzt haben; ihm gebührt daher unser aller Dank und Aufmerksamkeit. Deutschland unterstützt das UNAIDS bei seiner Führungsrolle im Kampf gegen Aids als Koordinator und Katalysator und wird dies auch in Zukunft tun.

Ein Gedanke erscheint mir zum Schluß noch von Bedeutung. Diese Sondertagung ist das Ergebnis und der Höhepunkt der bisherigen politischen Diskussion über HIV/Aids. Wir sind jetzt an einem Wendepunkt angekommen. Das globale Ausmaß der Krise ist erkannt. Wir wissen, was zu tun ist. Jetzt ist die Zeit für weltweites Handeln gekommen. Laßt uns diese Aufgabe gemeinsam angehen.

Für den Dialog der Kulturen und Religionen

Rede des deutschen Außenministers vor der 56. UN-Generalversammlung (12. November 2001)

JOSCHKA FISCHER

Wir haben soeben die Nachricht vom Absturz eines Verkehrsflugzeugs nicht weit von hier, in Queens, schockiert und entsetzt empfangen. Noch kennen wir die Ursache dieser Katastrophe nicht. Ich möchte an dieser Stelle unser tiefstes Beileid gegenüber den Angehörigen der Opfer und gegenüber dem amerikanischen Volk ausdrücken.

Erst zwei Monate ist es her, daß hier in New York Tausende unschuldiger Menschen im World Trade Center ihr Leben verloren. Heute wird uns bewußt, in welchem Ausmaß die Menschen hier betroffen sind. In der gesamten Geschichte der Vereinten Nationen hat es keine vergleichbare Situation gegeben. Überall auf der Welt trauerten die Menschen in einer beispiellosen Welle der Anteilnahme und Solidarität mit den Opfern und ihren Angehörigen. Diese entsetzlichen Anschläge trafen aber nicht nur Amerikaner, sondern unschuldige Menschen aus über 80 Ländern, Angehörige aller großen Weltreligionen und Kulturen. Sie zielten auf uns alle. Es muß deshalb ein gemeinsames Anliegen der Menschheit sein, eine Wiederholung oder gar noch Schrecklicheres zu verhindern.

Der 11. September hat die Welt in eine gefährliche Zukunft gestoßen. Wir haben jetzt die schreckliche Gewißheit, daß kein Land in der globalisierten Welt unverwundbar ist und daß zum Mord und Selbstmord entschlossene Feinde mitten unter uns jederzeit einen furchtbaren Massenmord verüben können. Diese unheimliche, fürchterliche Gefahr hat mit einem Schlag die Grundlagen bisheriger Sicherheitspolitik dramatisch verändert. Die Bekämpfung weltweit operierender terroristischer Netzwerke wird völlig neue Reaktionen der Staatengemeinschaft notwendig machen. Der internationale Terrorismus ist zuallererst eine Herausforderung an die Politik, an das Militär, die Polizei und die Justiz, aber auch an die Wirtschaft und – ganz wichtig – die Kultur. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt sich damit die Frage von Frieden und Sicherheit auf völlig neue Weise.

Selten war die Menschheit so geeint wie an jenem schrecklichen Tag vor zwei Monaten. Diese Einigkeit entstand aus Entsetzen und Mitgefühl, aber auch aus der Einsicht, daß wir der neuen tödlichen Bedrohung nur dann erfolgreich entgegentreten können, wenn wir all unsere Kräfte und Energien zusammenführen. Der 11. September war ein ›defining moment‹, ein Tag, an dem die Weltpolitik neu ausgerichtet wurde. Eine neue Koalition ist entstanden. Sie muß nun gefestigt und zu einer echten Partnerschaft ausgebaut werden. Wenn dies gelingt, dann könnte der 11. September im Rückblick nicht nur als ein entsetzlicher Tag für die Menschheit, sondern auch als Beginn einer neuen Ära der Zusammenarbeit und des Multilateralismus in die Geschichte eingehen.

Was treibt Menschen zu diesen unfaßbaren Verbrechen, dazu, sich selbst und Tausende Unschuldiger in die Luft zu sprengen? Woher kommt ein solch unbändiger Haß? Wie kann er bekämpft, wie überwunden werden? Klar ist: Jeder Versuch, eine wirksame Gegenstrategie zu entwickeln, muß mit dem Kampf gegen den Terrorismus die ganze Bandbreite der Ursachen und Hintergründe analysieren, die solchen Haß und Terror entstehen läßt.

Hierfür sind die Vereinten Nationen in einzigartiger Weise befähigt. Sie bieten das für den Aufbau einer universellen Koalition erforderliche Forum. Nur sie können der Reaktion auf den Terrorismus globale Legitimität verleihen. Und sie verfügen über die Instrumente zur Bewältigung der politischen Konflikte und der tieferliegenden Entwicklungsprobleme, aus denen sich Haß und Verzweiflung speisen. Eine umfassende Strategie gegen den Terrorismus muß vor allem auf Prävention setzen. Dies heißt nichts Geringeres, als die Grundlagen einer kooperativen Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert zu entwerfen, einer Politik, die Zonen der Ordnungslosigkeit nicht mehr zuläßt, die auf eine Weltordnung zielt, die allen Völkern eine volle und gerechte Teilhabe ermöglicht. Dazu gehört, die ökonomische Globalisierung für mehr Menschen sozial gerechter zu gestalten und durch eine dringend notwendige politische Globalisierung zu ergänzen.

Der Sicherheitsrat hat auf den 11. September in seltener Geschlossenheit reagiert und mit den Resolutionen 1368(2001) und 1373(2001) richtungsweisende Beschlüsse über konkrete, weltweit verbindliche Maßnahmen gegen den Terrorismus gefaßt. Auch die Generalversammlung hat die Terroranschläge aufs schärfste verurteilt und zu gemeinsamem Handeln gegen den internationalen Terrorismus aufgerufen. Dieser Weg muß nun konsequent fortgesetzt werden durch eine zügige und weltweite Ratifizierung und Implementierung der 12 Antiterrorkonventionen der UN und die Verabschiedung einer umfassenden Konvention gegen den internationalen Terrorismus. Wir müssen eine neue Anstrengung unternehmen, um diesem Projekt, in das wir alle so große Hoffnungen setzen, zum Erfolg zu verhelfen. Ich appelliere an alle Staaten, die dem vorliegenden Kompromiß noch nicht zugestimmt haben, ihre Haltung noch einmal zu überdenken.

Auch der Internationale Strafgerichtshof kann zu einem wertvollen Instrument der Terrorismusbekämpfung werden. Gemäß Artikel 7, Ziffer 1, seines Statuts soll er sich befassen mit Morden »im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung«. Ohne Zweifel erfüllen die Anschläge in New York, Washington und Pennsylvania diesen Tatbestand. Ich bitte Sie alle auch aus diesem Grund noch einmal, das Statut von Rom so rasch wie möglich zu ratifizieren.

Mit dem Anschlag auf das World Trade Center ist schlagartig deutlich geworden, welch existentielle Gefahr für den Weltfrieden von ›failing states‹ ausgehen kann. Diese Schwarzen Löcher des politischen und sozialen Ordnungsverlusts bieten Terroristen einen sicheren Hafen, von dem aus sie ihre mörderischen Netzwerke weltweit organisieren können. Die Staatengemeinschaft muß sich vor diesem Hintergrund mit dem Problem zerfallender Staaten dringend intensiver und vorbeugend befassen – und dies nicht nur in Afghanistan und nicht erst, wenn die Katastrophe schon eingetreten ist.

In Afghanistan hat Konfliktprävention niemals stattgefunden, im Gegenteil. Dies hat sich als fataler Fehler erwiesen. Seit über zwanzig Jahren spielt sich dort vor den Augen der Welt ein humanitäres Desaster ab, unter dem besonders Frauen und Kinder zu leiden haben. Bürgerkrieg, Menschenrechtsverletzungen und bitteres Elend waren auch der Nährboden für die Entstehung einer beispiellosen Symbiose zwischen den Terroristen der Al-Qaida und dem Taliban-Regime. Von dort führen die Spuren direkt zu den blutigen Anschlägen in den Vereinigten Staaten. So schwer die Entscheidung fällt – ohne den Einsatz militärischer Mittel kann diese Gefahr nicht abgewendet werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Elend der Menschen in Afghanistan vor allem auch das Werk der Taliban ist: sie waren es, die schon lange vor dem 11. September wirksame humanitäre Hilfe zunehmend erschwerten, die Frauen und Mädchen alle Rechte nahmen, die den Terrorismus aktiv unterstützten, auch mit dem Ziel, die Stabilität arabischer und muslimischer Staaten zu erschüttern. Nicht zu reagieren, würde geradezu einladen zu weiterem Terror und Unterdrückung, und dies wäre für den Weltfrieden hochgefährlich. Wie dramatisch die Gefahr ist, zeigt die Drohung Usama bin Ladens, selbst vor einem Einsatz von Kernwaffen nicht zurückzuschrecken. Zivile Mittel allein reichen leider nicht immer aus, um Gewalt und Terror zu beenden. So war es auf dem Balkan.

Auch in Afghanistan ist der Kern des tragischen Konflikts zutiefst politisch, und deshalb kann die Lösung letztlich nur eine politische sein. Sie muß von innen kommen, die Vielfalt der Völker der afghanischen Gesellschaft widerspiegeln und vom afghanischen Volk angenommen werden. Eine Friedenslösung benötigt aber auch die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Afghanistan darf nicht noch einmal mit seinen Problemen allein gelassen werden. Entscheidend ist jetzt eine klare politische und humanitäre Perspektive für Afghanistan. Die Vereinten Nationen sollten das Dach für alle Friedensbemühungen sein. Sie sind als Rahmen für den politischen Prozeß und als Garant innerafghanischer Vereinbarungen unverzichtbar. Es wird nur in einem Friedensprozeß unter dem Dach der Vereinten Nationen gelingen, ausländische Einmischung für die Zukunft auszuschließen und eine friedliche Zukunft des Landes in Übereinstimmung mit seinen Nachbarn zu sichern. Deutschland und die Europäische Union sind bereit, ihren Beitrag bei der Gestaltung einer politischen Lösung für Afghanistan zu leisten und sich auch nachhaltig am wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Afghanistans zu beteiligen.

Vor allen Dingen aber muß jetzt den Flüchtlingen und der Zivilbevölkerung geholfen werden. Wir dürfen es nicht hinnehmen, daß die Taliban den Zugang für humanitäre Hilfe behindern und die Zivilbevölkerung als Schutzschild mißbrauchen. Gerade mit Blick auf den bevorstehenden Winter müssen wir alles tun, um die Menschen zumindest mit dem Allernötigsten zu versorgen und ihre verzweifelte Not zu lindern. Ist es möglich, humanitäre Schutzzonen einzurichten? Die Vertreibung der Taliban aus Mazar-e-Sharif und anderen Orten für eine Verbesserung der humanitären Situation zu nutzen? Eine Stadt wie Kabul zu einer offenen Stadt zu machen? Sicher wird all dies sehr schwierig werden, aber lassen Sie uns dennoch ohne Tabus über alle, wirklich alle Möglichkeiten nachdenken, wie wir den Menschen helfen können. Deutschland hat dazu als Vorsitz der Unterstützungsgruppe für Afghanistan zu einem Treffen Anfang Dezember nach Berlin eingeladen. An alle Staaten richte ich den dringenden Appell, jetzt eine große humanitäre Anstrengung für das geschundene afghanische Volk zu leisten.

Eine Lösung von Regionalkonflikten wird ein Schlüssel im Kampf gegen den Terrorismus sein. Zu ihnen zählt ganz gewiß der Nahostkonflikt. Die vielen unschuldigen Opfer auf allen Seiten erfüllen uns mit tiefer Betroffenheit. Das israelische und das palästinensische Volk haben ein Recht auf ein Leben ohne Angst, in Würde und in Frieden. Dazu gehört nicht nur das in Madrid anerkannte Existenzrecht Israels, das für uns unantastbar ist, sondern auch seine Sicherheit. Deutschland hat auf Grund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber Israel. Jede Politik, die mit den Mitteln des Terrorismus oder auf andere Weise auf die Zerstörung Israels zielt, wird auf den entschiedenen Widerstand Deutschlands treffen. Wir treten aber genauso für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihr Recht auf einen eigenen Staat Palästina ein. In der Berliner Erklärung der EU vom März 1999 heißt es dazu: »Die Schaffung eines demokratischen, existenzfähigen und friedlichen, souveränen palästinensischen Staates auf der Grundlage bestehender Vereinbarungen und auf dem Verhandlungsweg ist die beste Garantie für die Sicherheit Israels.« Dies gilt heute mehr denn je. Nie zuvor gab es eine breitere internationale Grundlage für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Im Sinne der Mitchell-Empfehlungen, des von allen Seiten akzeptierten Fahrplans, rufen wir Israelis und Palästinenser dazu auf, die Gewalt und Konfrontation sofort und dauerhaft zu beenden, die vereinbarten direkten Gespräche unverzüglich wiederaufzunehmen und die geschlossenen Waffenstillstandsvereinbarungen ernsthaft umzusetzen. Diese Gespräche müssen zu echten Verhandlungen über eine tragfähige politische Lösung führen.

Das eigentliche Ziel der Terroristen ist es, einen Krieg der Kulturen auszulösen und den Nahen und Mittleren Osten in Brand zu setzen. In einen solchen Konflikt dürfen wir uns unter keinen Umständen hineintreiben lassen. Wir kämpfen gegen den internationalen Terrorismus und nicht gegen den Islam. Wir müssen der Strategie des Terrorismus, deren Ziel die Auslösung des Kriegs der Kulturen ist, den Dialog der Kulturen und Religionen entgegensetzen. Wir brauchen eine von gegenseitigem Verständnis getragene geistige Auseinandersetzung und den Versuch einer ehrlichen Verständigung über die Grundwerte, die uns verbinden. Ein solcher Dialog setzt die Existenz gemeinsamer Werte voraus, ebenso aber auch den Respekt vor den gewachsenen Traditionen und Unterschieden. Allerdings muß eines dabei klar sein: Menschenrechte sind universelle, nicht westliche Werte. Auf sie hat sich die internationale Staatengemeinschaft in der UN-Charta und den Menschenrechtspakten im Konsens geeinigt. Jeder Dialog muß auf dieser Universalität der Menschenrechte gründen. Er muß in gegenseitiger Achtung der Würde und in Toleranz und Offenheit geführt werden. Er muß zu Hause beginnen, innerhalb der Kulturen selbst. Fruchtbar kann er nur werden, wenn er frei und ohne Zwang geführt wird. Und sinnvoll ist er nur, wenn jeder Beteiligte auch zur Selbstkritik bereit ist.

Die heimtückischen Anthrax-Anschläge seit dem 11. September zeigen, daß die gestern noch abstrakte Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen in der Hand von Terroristen heute eine tödliche reale Gefahr ist. Die Staatengemeinschaft muß ihr mit aller Kraft entgegentreten – durch einen neuen Anlauf zu Nichtverbreitung und globaler Abrüstung. Die Gefahren einer Weitergabe von Waffen an nichtstaatliche Gruppen und neuer regionaler Rüstungswettläufe erfordern neue Antworten und wirksame, international durchsetzbare strafrechtliche Gegenmaßnahmen. Im nuklearen Bereich bleibt die Verpflichtung des Nichtverbreitungsvertrags zu vollständiger atomarer Abrüstung entscheidend. Bei den biologischen Waffen müssen wir angesichts der akuten Bedrohung endlich wirksame globale Kontrollmechanismen schaffen. Das Chemiewaffen-Übereinkommen muß noch konsequenter umgesetzt werden. Alle Staaten sind aufgerufen, sich an der Aushandlung eines internationalen Verhaltenskodexes gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper zu beteiligen.

Der jetzt beginnende Kampf gegen den Terrorismus muß auf der Einsicht gründen, daß die Erste Welt auf Dauer nicht jenseits der Spannungen und Konflikte in der Dritten Welt sicher und ungefährdet leben kann. Fast ein Viertel der Menschheit hungert. 95 Prozent der HIV-Infizierten leben in Entwicklungsländern. Besonders schlimm ist Afrika betroffen. Bis heute profitiert weltweit nur eine Minderheit von den Wachstumschancen der Globalisierung, von der Teilhabe an neuen Informationstechnologien. Diesen Zustand dürfen auch die reichen Länder nicht hinnehmen – aus moralischen Gründen, aber auch weil sich Spannungen und Konflikte heute viel schneller und viel weiter ausbreiten als früher.

Der Kampf gegen die Armut kann nicht gewonnen werden, wenn wir nicht ebenso entschlossen für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen eintreten. Auf dem bevorstehenden Umweltgipfel in Johannesburg müssen wir einen Quantensprung nach vorn tun, in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung, einer wirksameren Armutsbekämpfung und eines schonenderen Umgangs mit unseren natürlichen Ressourcen. Das Kyoto-Protokoll muß im nächsten Jahr in Kraft treten. Und wir müssen den einzigen Anwalt der globalen Umwelt, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, stärken – institutionell, operativ und finanziell.

Der 11. September hat auf grausame Weise klar gemacht, daß die Menschheit ohne globale und regionale Ordnungen nicht friedlich und sicher leben kann. Deutschland wird sich weiter mit aller Kraft für eine Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Handlungsfähigkeit einsetzen, damit die Welt im 21. Jahrhundert friedlicher, gerechter und humaner wird als im vergangenen Jahrhundert. Die Zukunft gehört einer Verantwortungspolitik für die Eine Welt, einer Politik, die nicht gründet auf hegemonialen Ansprüchen, sondern auf Kooperation, Solidarität und Multilateralismus. Wenn es uns gemeinsam gelingt, eine solche Politik zu verwirklichen, dann werden wir am Ende den Kampf gegen den Terrorismus nicht nur gewinnen, sondern auch seine Ursachen dauerhaft beseitigen können.